



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Kinder und Jugendliche in der Pandemie besser unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die zweite Anhörung des Landtages von Experten und Expertinnen am 19. Februar 2021 hat sehr deutlich gemacht, dass sowohl der Landtag als auch die Landesregierung die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie im Blick behalten müssen. Die Öffnung von Kitas und Schulen zu priorisieren, ist richtig, aber es braucht auch jenseits von schulischer Bildung Treffpunkte für Jugendliche, die sich besonders an ihren Gleichaltrigen orientieren.

Es ist immer erforderlich, das Kindeswohl in der Abwägung zwischen epidemiologischen und sozialen Auswirkungen zu gewichten und diese Abwägung wiederkehrend zu überprüfen.

Der Landtag bittet die Landesregierung deshalb, bei der Fortentwicklung und Differenzierung des Schleswig-Holsteinischen Perspektivplans sowie in den Gesprächen mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen, die besonderen Belange von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Hierbei können folgende Ansatzpunkte der Expertinnen und Experten eine Orientierung geben:

- Für Kinder und Jugendliche ist die Zugehörigkeit zu ihrer Peer-Group ebenso wichtig wie die zu ihrer Familie. Dies sollte bei allen Regelungen berücksichtigt werden.
- Jugendzentren und Jugendtreffs sollten unter Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln Begegnungen von Kindern und Jugendlichen ermöglichen und so spät wie möglich geschlossen und so früh wie möglich wieder geöffnet werden.
- Unterstützungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten vorrangig offengehalten und soweit erforderlich ergänzende Mittel für virtuelle Angebote zur Verfügung gestellt werden. Es wird begrüßt, dass diese Öffnung in der Verordnung am 8. März 2021 berücksichtigt worden ist.

- Auch oder gerade in der Pandemie ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung und Akzeptanz der Maßnahmen. Deshalb sollte ein beständiger Austausch mit Kindern und Jugendlichen und ihren Interessenvertretungen zu den Auswirkungen der Corona Pandemie stattfinden.

Es ist zu begrüßen, dass die organisierte Sportausübung mit bis zu 20 Kindern und Jugendlichen bis 14 Jahren ermöglicht wird. Ferner ist es zu begrüßen, dass der Kita- und Schulbetrieb je nach Pandemielage und Perspektivplan die höchste Priorität im Rahmen der Öffnungen hat und zum Schutz der Beteiligten regelmäßige Testungen angeboten werden

Begründung:

Die vielfältigen negativen Auswirkungen der Corona Schutzmaßnahmen nehmen über die Dauer des Lockdowns zu. Das zeigt unter anderem die COPSY Studie des Universitätsklinikums Eppendorf. *

* <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>

Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste haben zugenommen und depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden sind verstärkt zu beobachten. Vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund sind davon betroffen.

Ebenso gibt es Hinweise darauf, dass Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch in den Familien unter den umfangreichen Corona Maßnahmen zunehmen. Familien sind durch die rigiden Kontaktbeschränkungen und durch Home Office und Distanzlernen mit einer enormen Herausforderung konfrontiert, die nicht von jedem/r, nicht in jeder Situation und nicht immer bewältigt werden kann.

Unter anderem gibt es die Forderung, dass es die Möglichkeit geben soll, dass sich Jugendliche unabhängig von den geltenden Kontaktbeschränkungen einmal die Woche in ihrer Peer-Group austauschen können.

Katja Rathje-Hoffmann
Und Fraktion

Marret Bohn
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion